



GASTKOMMENTAR

Nahrungsmittel, Energiepreise, Treibstoff- und Heizkosten, also erhebliche Kosten der Grundversorgung, sind beträchtlich gestiegen. Betroffen davon sind vor allem die Einkommenschwächsten. Von den sozialen Aspekten abgesehen, wirkt sich diese Entwicklung aber auch nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft aus.

Was ist zu tun? Notwendig und möglich ist ein Maßnah-

der Produktivität und höherer Wertschöpfung einen Ausgleich herbeiführen. Das ist die Realität, an der man nicht vorbeikann.

Aber da wegen der erhöhten Erdölpreise die Treibstoffpreise nicht einfach gesenkt werden können – dies wäre auch ein wirtschaftspolitisch fatales Signal –, bedarf es einer zusätzlichen Erhöhung der Pendlerpauschale.

Konjunkturpolitisch ist eine vorgezogene Milderung der Steuerprogression sinnvoll. Diese ist leicht möglich, hat sich doch der Finanzminister im Wege der kalten Progression in den letzten Jahren ein milliardenschweres Körpergeld geholt. Eine solche Maßnahme wäre nicht nur konjunkturgerecht, sondern auch leistungsfördernd: Denn wenn mehr im Börsel bleibt, leistet man auch gerne mehr. Überdies würde dies dem drohenden Kon-



Hannes Androsch

Foto: „Krone“-Archiv

Was tun gegen die Teuerung?

menpaket, denn die Politik muss den Menschen zur Milderung der Teuerung konjunkturgerecht helfen.

So ist z. B. bei Nahrungsmitteln eine zeitlich befristete Streichung der Mehrwertsteuer möglich. Es muss mit dem Lebensmitteleinzelhandel vereinbart werden, dass die Senkung zur Gänze an die Konsumenten weitergegeben wird.

Für den Winter sind Heizkostenzuschüsse zu gewähren. Und zwar von den Bundesländern. Außerdem muss Strom billiger werden. Dies ist möglich, weil die Elektrizitätswirtschaft, die mehrheitlich im Eigentum der Bundesländer ist, nahezu abgeschriebene Wasserkraftwerke betreibt, daher hohe Gewinne erwirtschaftet und zudem vor noch nicht allzu langer Zeit unter dem Titel „stranded investments“ (also „Fehlinvestitionen“) beträchtliche EU-Subventionen erhalten hat.

Die erhöhten Preise, von denen „Ölscheichs aller Art“ profitieren, kommen einer Steuer gleich, die man nicht abgelten kann. Man kann nur durch innovative Steigerung

junkturtief entgegenwirken.

Ein solches Maßnahmenpaket müsste schließlich auch die Förderung von Innovationen enthalten, die dazu beitragen, unsere Energie- und Rohstoffabhängigkeit und deren Folgewirkungen zu verringern. Dazu gehört auch der Ausbau der Wasserkraft als umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung. Denn die Botschaft lautet: Wenn wir uns nicht vom Erdöl verabschieden, wird sich das Erdöl von uns verabschieden. Zudem könnten wir auf diese Weise unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und auch dem für unsere Exportwirtschaft nachteiligen Euro/Dollar-Wechselkurs entgegenwirken.

Es gibt keine Wundermedizin, sehr wohl aber konjunkturgerechte und fiskalisch vertretbare Gestaltungsmöglichkeiten. Diese sind raschest in Abstimmung mit den Sozialpartnern im Rahmen einer Sondersitzung des Nationalrates wahrzunehmen. Nicht zuletzt auch deswegen, um die Gefahr schädlicher „Zweit-runden-Effekte“ zu vermeiden. Handeln tut not!